

Menschenrechtsmonitor Türkei

Willkommen zum "Menschenrechtsmonitor Türkei", dem wöchentlichen Newsletter der Aktion für Flüchtlingshilfe e. V. . Jede Woche werden wir Sie über die neuesten Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte in der Türkei informieren. Da die türkische Regierung weiterhin hart gegen die Medien und die Zivilgesellschaft vorgeht, wird es immer schwieriger in den Mainstream-Medien von Menschenrechtsverletzungen zu erfahren. Unser Ziel ist es in dieser schwierigen Zeit auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen und den Opfern aus allen Gesellschaftsschichten eine Stimme zu geben.



Belgische Anwaltskanzlei bringt mutmaßliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch türkische Beamte vor den ICC

Johan Vande Lanotte, Rechtsberater der belgischen Anwaltskanzlei Van Steenbrugge Advocaten (VSA) und Juraprofessor an der Universität Gent, erklärte gegenüber belgischen Medien, dass die Anwälte von VSA Beweise für von türkischen Staatsbeamten begangene Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bringen werden, berichtete Turkish Minute.

Anfang 2020 gründete VSA das Türkei-Tribunal, ein von der Zivilgesellschaft geführtes Meinungstribunal, das über die jüngsten Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

entscheiden soll. Darunter Folter, Entführungen, Mängel bei der Presse- und Meinungsfreiheit sowie das Recht auf ein faires Verfahren. Das Tribunal trat am 21. September 2021 in Genf zusammen. Nach einer viertägigen Anhörung der Opfer verkündete das Richtergremium sein Urteil und erklärte, dass die seit Juli 2016 von türkischen Staatsbediensteten begangenen Folterungen und Entführungen, in einem bei einer entsprechenden internationalen Einrichtung eingereichten Antrag, als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewertet werden könnten.

Lanotte, der auch Koordinator des Tribunals war, sagte daraufhin, dass man mit Anträgen an internationale Gremienfortfahren werde, insbesondere den Internationalen Strafgerichtshof.

In einem Gespräch mit der Zeitung Mediahuis sagte der Juraprofessor, dass der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag eingerichtet wurde, um diejenigen anzuklagen, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben.

In der Türkei von Präsident Recep Tayyip Erdoğan gebe es viele, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden könnten, so Lanotte.

"Es gibt kaum eine Demokratie. In Bezug auf die Menschenrechte ist es einfach ein autoritäres Regime. Außerdem missbraucht die Türkei den Vorwurf des Terrorismus oder der Spionage, um Dissidenten zu entführen und zu foltern", wurde Lanotte zitiert.

Die VSA hat Berichten zufolge fast 800 Zeugenaussagen über Folter, 60 Entführungen und mehr als 2.000 Fälle von willkürlicher Inhaftierung gesammelt.

In einem Gespräch mit Turkish Minute aus dem Jahr 2021 sagte Johan Heymans, ein Anwalt der VSA, dass obwohl die Türkei das Römische Statut nicht anerkennt, mit dem der IStGH gegründet wurde, die Anwälte der VSA argumentieren würden, dass einige Verbrechen gegen die Menschlichkeit von türkischen Beamten in Ländern stattgefunden haben, die den Vertrag ratifiziert haben.

Die Berichtersteller des Türkei-Tribunals bereiten sich darauf

vor, dem IStGH im Jahr 2022 einen umfassenden Bericht vorzulegen, heißt es auf der Website des Tribunals. Sie betonen, dass die Zuständigkeit des IStGH für Verbrechen wie Verschwindenlassen, Inhaftierung und Folter, die von türkischen Staatsbeamten in Ländern begangen wurden, die dem Statut beigetreten sind.

84-jähriger Nusret Muğla stirbt nach Infektion mit COVID-19 im Gefängnis



Nusret Muğla, ein 84-jähriger kranker Mann, der eine Haftstrafe wegen Verbindungen zur Gülen-Bewegung verbüßte, ist am Sonntag verstorben, nachdem er sich im Gefängnis mit COVID-19 infiziert hatte, berichtete die Nachrichten-Website Bold Medya

Muğla war am Samstag in das Krankenhaus eingeliefert worden, nachdem er Symptome des Virus gezeigt hatte. In einem früheren Telefonat mit seinem Sohn hatte Mugla gesagt, dass ein neuer Häftling krank zu sein schien und sich ebenfalls nicht wohl fühlte.

Muğla war in einem Gefängnis in der westlichen Provinz Manisa inhaftiert, obwohl er an mehreren gesundheitlichen Problemen litt, darunter Herz- und Nierenerkrankungen sowie Prostatakrebs. Muğla musste häufig medizinisch behandelt werden und wurde über lange Zeiträume in einer Quarantänezelle festgehalten.

Häftlinge, die ins Krankenhaus müssen, bleiben aufgrund der COVID-19-Maßnahmen in einer Quarantänezelle, wenn sie ins Gefängnis zurückkehren. Diese Zellen sind jedoch berüchtigt für ihre schlechten Bedingungen und Überbelegung.

Der Tod von Muğla löste bei vielen Menschenrechtsaktivisten und Oppositionspolitikern Empörung und Trauer aus.

Der Abgeordnete der Demokratischen Volkspartei (HDP) Ömer Faruk Gergerlioğlu twitterte, dass Muğlas Tod als Mord betrachtet werden könnte, da er in seinem Zustand nicht im Gefängnis hätte sein dürfen.

Muğla wurde im Oktober 2016 wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegung, einer vom muslimischen Geistlichen Fethullah Gülen inspirierten Glaubensgemeinschaft, verhaftet und unterzog sich während seiner Zeit im Gefängnis einem Angiogramm. Er wurde sieben Monate später aus gesundheitlichen Gründen freigelassen, aber wurde anschließend zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat Anhänger der Gülen-Bewegung seit den Korruptionsermittlungen vom 17. bis 25. Dezember 2013 ins Visier genommen, in denen der damalige Premierminister Erdoğan mit seinen Familienmitgliedern und seinem engsten Kreis belastet wurden.

Erdoğan, der die Ermittlungen als einen Putsch der Gülenisten und eine Verschwörung gegen seine Regierung abtat, bezeichnete die Bewegung als terroristische Organisation und begann ihre Mitglieder ins Visier zu nehmen. Nach einem Putschversuch am 15. Juli 2016, bei dem er Gülen beschuldigte der Drahtzieher zu sein, verschärfte er das Vorgehen gegen die Bewegung.

Seit dem Putschversuch wurden insgesamt 319.587 Menschen festgenommen und 99.962 bei Operationen gegen Anhänger der Gülen-Bewegung verhaftet, sagte der türkische Innenminister Süleyman Soylu im November.

Muğla hatte sich zuvor darüber beschwert, dass die Heizung in seiner Zelle trotz des kalten Wetters nicht eingeschaltet worden war und dass er nicht einmal Getränke wie Tee bekam, um sich aufzuwärmen. Muğlas Sohn Mustafa Said Muğla sagte, sein Vater habe sich in eine Decke einwickeln müssen, um sich warm zu halten.

"In den Quarantänezellen haben die Insassen in der Regel mit diesen Problemen zu kämpfen, da die Bedingungen dort erbärmlich sind", sagte Mustafa Said Muğla.

Nach Angaben der Menschenrechtsvereinigung (İHD) gab es im Juni 2020 mehr als 1.605 kranke Häftlinge in türkischen Gefängnissen, von denen etwa 600 schwer krank waren. Obwohl für die meisten der schwerkranken Patienten gerichtsmedizinische und medizinische Gutachten vorlagen, die sie als untauglich für den Verbleib im Gefängnis einstufte, wurden sie nicht entlassen. Die Behörden weigern sich sie freizulassen mit der Begründung, dass sie eine potenzielle Gefahr für die Gesellschaft darstellen. In den ersten acht Monaten des Jahres 2020 sind fünf schwerkranke Gefangene verstorben, weil sie nicht rechtzeitig entlassen wurden, um eine angemessene medizinische Behandlung zu erhalten.

Türkisches Gericht entscheidet erneut, den Geschäftsmann Kavala hinter Gittern zu halten



Ein Gericht in Istanbul hat am Donnerstag entschieden den prominenten Geschäftsmann und Philanthropen Osman Kavala, der seit 2017 wegen einer Reihe von Verschiebungen hinter Gittern sitzt, nach einer monatlichen Überprüfung eines Einspruchs gegen seine Inhaftierung erneut in Haft zu halten, berichtet Turkish Minute

Das 13. Oberste Strafgericht in Istanbul traf seine Entscheidung mit einer Mehrheit der Stimmen, obwohl der Europarat (CoE) vor Kurzem beschlossen hatte ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei einzuleiten, weil Kavala weiterhin inhaftiert ist.

Das Gericht entschied sich für die weitere Inhaftierung Kavalas mit der Begründung, dass sich an seiner rechtlichen Situation nichts geändert habe und dass eine gerichtliche Bewährung angesichts der für ihn beantragten Höchststrafe eine unangemessene Strafe darstellen würde. Nur ein Richter war anderer Meinung.

Das Ministerkomitee des Europarats, das Exekutivorgan des Europarats, hat am 1. Februar beschlossen Maßnahmen gegen die Türkei zu ergreifen, weil sie Kavala trotz eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) nicht freigelassen hat und angeordnet, dass der Fall dem EGMR zur Überprüfung vorgelegt wird, womit offiziell ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei eingeleitet wurde.

Der 64-jährige Anführer der Zivilgesellschaft, der seit mehr als vier Jahren ohne Verurteilung wegen eines Verbrechens inhaftiert ist, wird beschuldigt 2013 regierungsfeindliche

Proteste finanziert und eine Rolle bei einem Putschversuch 2016 gespielt zu haben. Im Falle einer Verurteilung könnte er lebenslang ohne die Möglichkeit einer Bewährung inhaftiert werden.

Die Türkei weigert sich Kavala freizulassen, obwohl der EGMR in einem verbindlichen Urteil vom Dezember 2019 festgestellt hat, dass seine Inhaftierung wegen der mutmaßlichen Leitung und Finanzierung der Gezi-Park-Proteste von 2013 und der mutmaßlichen Beteiligung an dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016 einem "Hintergedanken" diene. Nämlich ihn als Menschenrechtsverteidiger zum Schweigen zu bringen.

Der Philanthrop ist für seine Anhänger zu einem Symbol für das harte Durchgreifen, das Präsident Recep Tayyip Erdoğan nach dem gescheiterten Putsch entfesselt hat.

Im Oktober 2021 forderten die Botschafter von 10 Ländern, darunter die USA, Deutschland und Frankreich die sofortige Freilassung Kavalas im Einklang mit dem Urteil des EGMR von 2019. Präsident Erdoğan drohte die Gesandten auszuweisen, bevor er nachgab.

Die Türkei belegt im EIU-Demokratie-Index 2021 den 103. Platz unter 167 Ländern



Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan gibt eine Erklärung ab, nachdem er die Kabinettsitzung in Ankara am 14. Dezember 2020 geleitet hat. (Foto von Adem ALTAN / AFP)

Die Türkei wurde in der jüngsten Ausgabe des Demokratieindex der Economist Intelligence Unit (EIU) auf Platz 103 von 167 Ländern eingestuft und ist damit im Vergleich zu 2020 um einen Platz gestiegen, berichtet Turkish Minute unter Berufung auf den türkischen Dienst der Deutschen Welle.

Die Rangliste des Index, der 167 Länder von 0 bis 10 bewertete, basierte auf 60 Indikatoren in fünf großen Kategorien: Wahlverfahren und Pluralismus, Funktionsweise der Regierung, politische Partizipation, demokratische politische Kultur und bürgerliche Freiheiten.

Der Index zeigte am Donnerstag, dass die Türkei mit einem Wert von 4,35 in die Kategorie "hybrides Regime" fällt und

damit den zweitniedrigsten Wert nach "autoritäres Regime" aufweist, so die Deutsche Welle.

Der jährliche Index ergab einen Gesamtwert von 5,28, ein Rückgang gegenüber 5,37 im Jahr 2020. "Dieser Rückgang ist der stärkste seit 2010, unmittelbar nach der globalen Finanzkrise und stellt einen weiteren traurigen Rekord für den schlechtesten globalen Wert seit der Erstellung des Index im Jahr 2006 auf", sagte die EIU.

Der Indexwert ist für alle Regionen bis auf eine gesunken, da pandemiebedingte Beschränkungen die individuellen Freiheiten weiterhin einschränken. So der Index, der auch besagt, dass 45,7 Prozent der Weltbevölkerung jetzt in einer Art Demokratie leben. Ein deutlicher Rückgang gegenüber 49,4 Prozent im Jahr 2020.

Nachdem Chile und Spanien von "vollen Demokratien" zu "mangelhaften Demokratien" herabgestuft wurden, sank der Anteil der in einer "vollen Demokratie" lebenden Personen im Jahr 2021 leicht von 6,8 auf 6,4 Prozent, wie der Index ebenfalls zeigt.

"Deutlich mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung (37,1 Prozent) lebt unter autoritärer Herrschaft, ein großer Teil davon in China", so die EIU.

Dem Index zufolge sind die demokratischsten Länder der Welt Norwegen mit einem Wert von 9,75, Neuseeland mit einem Wert von 9,37 und Finnland mit einem Wert von 9,27. Während Afghanistan mit einem Wert von 0,32 den letzten Platz im Index einnimmt.

Die Länder, die in Bezug auf die Demokratie nach Afghanistan am Schlechtesten dastehen, sind Myanmar mit einem Wert von 1,02 und Nordkorea mit 1,08, so der Index.

Die türkische Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) wurde zuvor beschuldigt die Pandemie als Vorwand zu nutzen, um Beschränkungen des Nachtlebens und der Unterhaltung durchzusetzen und um einen religiösen Lebensstil zu erzwingen.

Politische Gefangene wurden am 14. April 2020 von einem Gesetz zur vorzeitigen Entlassung auf Bewährung

ausgenommen, das darauf abzielt, die Zahl der Häftlinge in den aufgrund der Pandemie überfüllten Gefängnissen des Landes zu reduzieren. Das Gesetz schloss politische Gefangene wie Politiker, Journalisten, Anwälte, Akademiker und Menschenrechtsverteidiger aus, die aufgrund der umstrittenen Anti-Terror-Gesetze des Landes verurteilt worden waren und veranlasste die UNO und die EU eine nicht diskriminierende Reduzierung der Gefängnispopulationen zu fordern.

Laut einem im November veröffentlichten Bericht des in Stockholm ansässigen International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) belegte das Land außerdem den ersten Platz unter den Ländern, in denen die demokratische Herrschaft zwischen 2010 und 2020 abnahm.

6 Anwälte des Menschenrechtsausschusses der Anwaltskammer Ankara treten nach der Entscheidung der Anwaltskammer zurück, um den Folterbericht nicht zu veröffentlichen



Sechs Anwälte des Menschenrechtskomitees der Anwaltskammer Ankara sind aus Protest zurückgetreten, nachdem die Anwaltskammer beschlossen hatte einen Bericht über Foltervorwürfe von Gefangenen in einem Polizeigewahrsam nicht zu veröffentlichen, wie die Nachrichtenwebsite Bianet berichtete.

Der Bericht wurde von den Anwälten der Leitung der Anwaltskammer Ankara vorgelegt, die jedoch beschloss, ihn nicht zu veröffentlichen.

Die Anwälte sagten, die Anwaltskammer habe zuvor die Erklärungen des Ausschusses zum Fall der Samstagsmütter, zum Gesundheitszustand der ehemaligen Abgeordneten der Demokratischen Volkspartei (HDP) Aysel Tuğluk im Gefängnis, zu den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) über Menschenrechtsverletzungen im Land und zur Inhaftierung ehemaliger Militärskadetten zensiert.

Während Kemal Koranel, der Präsident der Anwaltskammer Ankara, diese Vorwürfe zurückweist, sagten die Anwälte, dass die Probleme nach Koronels Wahl zum neuen Präsidenten der Anwaltskammer im Dezember begonnen haben, so Bianet.

Einem Bericht der Nachrichtenwebsite TR724 vom 25. Januar zufolge wurden Menschen, die wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung festgenommen wurden, einer vom türkischen Geistlichen Fethullah Gülen inspirierten Glaubensgemeinschaft, in einem Polizeigefängnis in Ankara

gefoltert.

TR724 berichtet, dass im letzten Monat 300 Personen bei Polizeirazzien in der ganzen Türkei im Rahmen von Ermittlungen unter der Aufsicht der Generalstaatsanwaltschaft Ankara festgenommen wurden.

Einige der Festgenommenen wurden geschlagen und gezwungen in Polizeigewahrsam falsche Geständnisse zu unterschreiben, berichtete TR724 unter Berufung auf ihre Familien und Anwälte.

Nachdem sie Beschwerden über Folter und Misshandlungen erhalten hatten, befragten Anwälte des Menschenrechtsausschusses der Vereinigung die Inhaftierten und stellten ihre Ergebnisse in einem Bericht zusammen.

Laut dem Bericht, der die Ergebnisse der Anwälte zitiert, gaben die Inhaftierten an, dass sie geschlagen, zur Nacktheit gezwungen, mit Wasser gefoltert und mit Vergewaltigung bedroht wurden.

Gestern gaben sechs Anwaltsorganisationen - Anwälte für Gerechtigkeit, Anwälte für Demokratie, Progressive Anwaltsvereinigung, Anwälte in Solidarität, Anwälte für Freiheit und Sozialrecht - über ihre Social-Media-Accounts eine Erklärung ab, dass Folter ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sei und dass es in der Verantwortung der Anwaltskammer von Ankara liege ihre Erkenntnisse zu veröffentlichen, um das Bewusstsein zu schärfen.

Nach einem gescheiterten Putsch im Jahr 2016 wurden Misshandlungen und Folter in türkischen Haftanstalten weit verbreitet und systematisch durchgeführt. Das Fehlen einer Verurteilung durch höhere Beamte und die Bereitschaft, Vorwürfe zu vertuschen, anstatt sie zu untersuchen, haben zu einer weit verbreiteten Straffreiheit für die Sicherheitskräfte geführt.

18 Frauen erscheinen vor Gericht, weil sie an einer Demonstration gegen den Austritt aus der Istanbul-Konvention teilgenommen haben



Achtzehn Frauen hatten heute in der türkischen Provinz Izmir ihre erste Anhörung vor Gericht, weil sie im August 2020 an einer Demonstration gegen die Pläne der Regierung teilgenommen hatten. Die Pläne aus der Istanbul-Konvention, dem verbindlichen Vertrag des Europarats zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auszutreten.

Nach Angaben der Nachrichten-Website Duvar gaben die Frauen vor der Anhörung vor dem Gerichtsgebäude eine gemeinsame Erklärung ab. "Wie viele Frauen in verschiedenen Städten des Landes haben auch wir eine friedliche Demonstration für die Wiedereinführung des Übereinkommens organisiert. Die Polizei hat jedoch versucht uns an der Demonstration zu hindern, indem sie uns schlug und dann festhielt", sagten sie.

Die Frauen fügten hinzu, dass sie weiterhin für die Wiedereinführung der Konvention demonstrieren würden. "Unsere Position ist ganz klar: Wir wollen nicht, dass noch eine Frau getötet, vergewaltigt oder geschlagen wird. Wir werden die Istanbul-Konvention niemals aufgeben."

Seit 2020 hat es eine Reihe von Demonstrationen gegen den Austritt der Türkei aus der Konvention gegeben. Die 18 Frauen in Izmir wurden am 5. August 2020 während einer solchen Demonstration verhaftet. Sie wurden wegen Verstoßes gegen das Gesetz über Proteste und Demonstrationen angeklagt.

Trotz der öffentlichen Empörung erließ Präsident Recep Tayyip Erdoğan am 20. März 2021 ein Dekret, mit dem die Türkei aus der Konvention austrat.

Regierungsbeamte und konservative Prominente hatten den Austritt aus der Konvention schon seit einiger Zeit diskutiert. Sie argumentierten, dass die Konvention Familien zerstöre, indem sie eine "ausländische Terminologie" in die traditionellen türkischen Werte und das Gesetz einführe.

"Das erste davon ist das Geschlecht. Die İstanbuler Konvention basiert auf dem Konzept des Geschlechts. ... Vereinfacht ausgedrückt geht sie davon aus, dass die Identitäten und die biologischen Geschlechter von Männern und Frauen von der Gesellschaft konstruiert werden und sieht einen Kampf dagegen vor. Sie akzeptiert die Unterscheidung zwischen den Geschlechtern nicht", schrieb Ebru Asiltürk, eine prominente islamistische Politikerin der rechtsgerichteten Glückspartei (SP) im Mai 2020.

Erdoğan hat wiederholt gesagt, dass er die Gleichstellung der Geschlechter als Widerspruch zum Wesen von Männern und Frauen betrachtet. "Feministinnen verstehen die Mutterschaft nicht", sagte er 2014 in einer Rede und behauptete, dass der Islam Frauen aufgrund ihrer Fähigkeit Kinder zu gebären und aufzuziehen einen hohen Wert beimisst.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein ernstes Problem in der Türkei. Einem im März 2021 veröffentlichten Bericht von Sezgin Tanrikulu, einer Menschenrechtsverteidigerin und Abgeordneten der Republikanischen Volkspartei (CHP) zufolge wurden in den 18 Jahren, in denen die AKP an der

Macht war, fast 7.000 Frauen Opfer von Femizid.

Führende Politiker aus aller Welt, darunter US-Präsident Joe Biden und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, sowie internationale und regionale Organisationen und Menschenrechtsgruppen reagierten negativ auf die Entscheidung der Türkei sich aus der Istanbul-Konvention zurückzuziehen.